

Flow of Communication, Agenda-Setting, Uses-and-Gratifications und Schweigespirale, heran. Er kommt zu dem wenig überraschenden Schluss, dass „so wenig die Kommunikationswissenschaft zu einem definitiven Urteil“ kommen könne, „unter welchen Umständen welche Medien welche (und wie starke) Wirkungen haben, so wenig [...] das dieses Buch leisten“ könne.

Anhand von Fallstudien zu sechs Krisen von Chemieunternehmen zeigt Baumgärtner auf, dass es unabhängig von den großen Theorie- und Modellkonstrukten der Kommunikationswissenschaft generalisierte Erfolgsfaktoren für die Unternehmenskommunikation gibt, die sich mit den im Theorieteil seiner Arbeit angestellten Überlegungen begründen lassen.

An einigen Stellen ist auffällig, dass der Autor etwas zu Zitateneihenungen neigt. Darüber hinaus bleibt die Studie leider in einigen Bereichen, wie z. B. den Lebenszyklen von Risikothemen, an der Oberfläche. Damit soll aber nicht in oftmals review-typisches Kritisieren von Beschränkungen wissenschaftlicher Arbeiten auf ein Gebiet verfallen werden: Der Autor liefert mit diesem Grundlagenwerk einen wichtigen, praxisorientierten Beitrag zum Verständnis der Risiko- und Krisenkommunikation, der erfolgreich den Spagat zwischen wissenschaftlicher Kontextualisierung und anwendungsorientiertem Fokus meistert.

Steffen Kolb & Steffen Burkhardt

**Jens Damm/Simona Thomas (Hrsg.)**

### **Chinese Cyberspaces**

Technological Changes and Political Effects

London/New York: Routledge, 2006. – 180 S.

ISBN10: 0-415-33208-7

ISBN13: 9-78-0-415-33208-8

“Policy follows technology” – diese Gesetzmäßigkeit gilt auch für den durch beständiges Wachstum gekennzeichneten chinesischen Markt der audiovisuellen, elektronischen Medien. Ist die ordnungspolitische Ausgestaltung des chinesischen Fernsehmarktes durchaus mit den bundesdeutschen Strukturen vergleichbar? Halt! Natürlich nur im Vergleich zum systematischen Aufbau zuständiger, regulierender Institutionen und natürlich (leider?, noch?, kulturell?) nicht aus der Perspektive des herrschenden politischen Paradigmas, respektive

verfassungsgemäßen Umsetzungen im Sinne der gesamten Gesellschaft.

Ganz und gar nicht vergleichbar stellt sich indes der administrative Umgang mit virtuellen Welten und dem Internet als Ganzem in China dar. Der von *Jens Damm* und *Simona Thomas* herausgegebene und überwiegend sekundär-analytische Sammelband *Chinese Cyberspaces* bietet laut Klappentext eine multidisziplinäre Auseinandersetzung um die Entwicklungen des Internets in China aus sozialwissenschaftlicher, politischer, ökonomischer und umgreifend aus kultureller Perspektive mit den daraus folgenden Konsequenzen: Der Etablierung von Aufsichtsbehörden zur Sicherstellung der politischen Stabilität im Feld der Individual- und Massenkommunikation im Cyberspace.

Der Band untergliedert sich in sieben Beiträge und beginnt mit einer Einleitung der Herausgeber zur Rolle des Internets in China (sowie einem Überblick zum aktuellen Forschungsstand), die, begleitet durch den fortschreitenden Öffnungsprozess der Volksrepublik, sich seit dem Ende der neunziger Jahre sowohl gesellschaftlich als auch ökonomisch als Teil der Lebensrealität – zumindest in den Ballungszentren – herausgebildet hat, wenngleich unter restriktiver Regulierung des Zugangs und der Art der über dieses Medium verbreiteten Inhalte. Der die Einführung schließende Verweis auf den Kontrollanspruch der Staatsführung leitet gleichermaßen auf den zweiten Beitrag von *Eric Harwit* und *Duncan Clark* über. Schon zu Beginn des Bandes wird eines besonders deutlich: Das Internet in China ist nicht mit dem beispielsweise ‚europäischen‘ Internet vergleichbar und kann vor diesem Hintergrund vertretbar und in Folge als CWW (Chinese Wide Web) und nicht als WWW klassifiziert werden. Die Autoren zeichnen die infrastrukturelle Entwicklung nach, die mit heutigem Stand übergreifend durch das MII (Ministry of Information Industry) bestimmt ist. Ähneln sich die soziodemographischen Daten und genutzte Funktionen wie E-Mail oder Unterhaltungsangebote im hier gezogenen Vergleich mit den USA sehr, so fällt doch auf, dass insbesondere Reiseinformationen (gering) und die Teilnahme an Chatrooms (hoch) divergieren. Diese als Folge der politischen Prämissen zur Regulierung des Internets zu interpretierende Bedeutung einzelner Kommunikationsräume steht in direktem Zusammenhang mit einer absurd erscheinenden Policy: der nahezu

vollständigen Privatisierung und Kommerzialisierung des CWW als Beitrag zum volkswirtschaftlichen Wachstum mit der gewollten Kooperation zwischen chinesischen und ausländischen Unternehmen unter Ausschluss des freien Wortes. Diese Form der ‚verordneten‘ Selbstzensur beginnt auf ökonomischer Seite mit dem Anreiz des Markteintritts und auf gesellschaftlicher Seite mit der Androhung nachhaltiger Sanktionen durch strafrechtliche oder anders praktizierte Maßnahmen – die Beispiele „internationale Suchmaschinenbetreiber“ und „das Wohl des Staates“ (so frei zitiert die Verfassung der Volksrepublik China) beeinträchtigendes Kommunikationsverhalten Einzelner und Gruppen sind hinlänglich bekannt.

Die Verbreitung von publizistischen Inhalten – vor allem Nachrichten, die allerdings gemessen an Unterhaltungsinhalten zurückbleiben – ist im nächsten Beitrag „In the Crossfire of Demands – Chinese News Portals between Propaganda and the Public“ der Fokus von *Johan Lagerkvist*. Trotz hoher Regulierung und staatlich oder auch halb-staatlich betriebener Websites stellt *Lagerkvist* als besonderes Charaktermerkmal die Flüchtigkeit des Internet-Users in seinem Kommunikationsverhalten heraus. Die staatlich kontrollierten Sites verlieren vor dem Hintergrund hoch frequentierter Chatrooms und Blogs beständig an Hits und können auf diese Weise, mediengattungsspezifisch in Unterscheidung zu den keineswegs schwach genutzten Angeboten von TV, Hörfunk und Tagespresse, den User auf der Suche nach anderen Qualitäten publizistischen Inhalts nicht aufhalten. Während es nur eine begrenzte Anzahl von lokal, regional oder überregional verbreiteten klassischen Medien gibt, ist der User in seiner Wahlfreiheit zumindest in den Landesgrenzen unbeschränkt. Zudem ist die inhaltliche Kontrolle durch staatliche Stellen in Chat-Rooms, Blogs oder gestreamten Inhalten ungleich schwieriger. Die Kommunikationstechnologie, deren Lösungen sich politisch nicht aufhalten lassen und darüber hinaus auch wegen ihres ökonomischen Potenzials überwiegend erwünscht sind, führt den Gesetzgeber in China zunehmend in Bedrängnis, könnte als Zwischenergebnis nach *Lagerkvist* bilanziert werden. Doch schon die folgenden Autoren *Michael Chase*, *James Mulvenon* und *Nina Hachigan* kommen in ihrem vergleichbaren Beitrag über Peer-to-Peer-Netzwerke in China zu einem, durch Interviews unterstütz-

ten, ernüchternden Fazit: Wenngleich neue Kommunikations- und Informationstechnologien der Politik und ihren durch die Kommunistische Partei Chinas gesteckten Zielen immer einen Schritt voraus sind – die Anpassung der Kontrollmaßnahmen schreitet immer schneller voran und lässt publizistische Freiräume in der Gesellschaft nur mehr für kurze Zeiträume zu. Der Beitrag „Comrade to Comrade Networks: the Social and Political Implications of Peer-to-Peer Networks in China“ traut den neuen Möglichkeiten keinen absehbaren politischen Wandel zu. Es ist ein Katz- und Maus-Spiel.

Einen anderen Ansatz wählt Mitherausgeber *Jens Damm* im fünften Beitrag zum Sammelband: Er beschreibt das Beispiel der Provinzen Guangdong und Fujian. Um der Bevölkerung nicht zu suggerieren, sie werde durch den Allein Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei unterdrückt, bedient sich die Regierung der gesteuerten politischen Kommunikation distributiven Charakters. „To Serve the People“, entsprungen der Ära Mao, steht für die Integration der Bürger in ein modernes, dienstleistungs-orientiertes China, in dem sie, die Bürger, ähnlich den Demokratien dieser Welt, der Souverän seien. Die Etablierung von e-government über e-policy hat zum Ziel, zum einen das auch innerstaatliche Phänomen einer „Digital Divide“ und zum anderen die latent korruptionsverdächtigen Guanxi-Strukturen zu überbrücken. Gute Politik stärke die Legitimität der Partei in der Gesellschaft, so das Credo. Die mit „positive content“ versehenen Inhalte sollen die noch nicht vollständig mit den Weiten des Netzes sozialisierten Bewohner und vor allem die Landbevölkerung davon abhalten, den „Garten im Garten“ (frei nach dem so genannten ‚Walled-Garden-Prinzip‘) zu verlassen. Der Autor versäumt auch nicht, darauf hinzuweisen, dass sich auch hinter diesem Steuerungsprinzip letztlich das Ziel verbirgt, ohne Aufgabe des Herrschaftsanspruches und Zulassens freier Kommunikationsstrukturen ein für die Wirtschaft geeignetes Medium über infrastrukturelle Subvention marktfähig zu machen.

Dieser Ableitung widmen sich die beiden abschließenden Beiträge von *Xie Kang* „Industrialization supported by Informatization“ und Mitherausgeberin *Sina Thomas* „Net Business: Chinas Potential for a Global Market Change“, *Kang* aus überwiegend volkswirtschaftlicher und *Thomas* aus betriebswirtschaftlicher Per-

spektive. Erstere führt detailliert die Verschränkung zwischen Industrialisierung und Informatisierung zugunsten einer beständigen Weiterentwicklung und Stabilität der Volkswirtschaft Chinas an, die es der Regierung ermöglicht, die Gesellschaft in ein neues Zeitalter zu begleiten. Zweitere betont das enorme Marktpotential Chinas, das insbesondere über E-Commerce-Strategien im B2C- und B2B-Bereich stärker als in der Vergangenheit ausgeschöpft werden kann.

Der hier vorgestellte Sammelband beleuchtet ansprechend strukturiert die Markt- und Medienrealität des Internets in China. Was dem ‚westeuropäisch‘ sozialisierten Leser und vor allem Medienbürger im 21. Jahrhundert als Absurdität erscheinen mag, ist aus chinesischer Perspektive die erfolgreich implementierte Konvergenz zwischen totalitären Strukturen und Wirtschaftsliberalität, flankiert durch jeweilige Sicherheitsvorkehrungen, die unerwünschte Effekte zu vermeiden suchen. Der thematische Rahmen des Internets birgt aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive Konfliktpotenzial, welches letztlich in den Beiträgen erwähnt, nicht aber diskutiert oder weiterentwickelt wird. Die uns vertrauten Grundrechtspositionen fehlen, so dass sich nach der Lektüre die Skepsis angesichts der positiven Wachstumsbilanz der Volksrepublik sowie darüber, dass Kommerzialisierung politisch höher eingestuft wird als freie Kommunikationsstrukturen, bestätigt. Letztlich müssen bei allem Befremden jedoch auch die kulturellen Aspekte dieser offensichtlichen Gegensätzlichkeit in dem Verständnis von Kommunikationsfreiheiten berücksichtigt werden. Was für die eine Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit und Überzeugung freier Entfaltungsmöglichkeiten wie auch Schutz ist, muss nicht zwangsläufig auch für andere Kulturen und deren Gesellschaften gelten. Auch dann nicht, wenn wirtschaftliche Austauschbeziehungen die Brücke schlagen und augenscheinlich supranationales Verständnis erkennen lassen. Keineswegs soll der Versuch einer objektiven Einschätzung als Rechtfertigung für physische und psychische Gewalt an Andersdenkenden gelten; er soll vielmehr der Analyse von Kommunikationsstrukturen, -prozessen und übergreifend Lebenswelten zur Bewertung von kulturellen Phänomenen mehr Raum bereiten.

Vor diesem Hintergrund liefert der Sammelband einen aus gesellschafts- und wirtschafts-

politischer Perspektive wertvollen Beitrag zur Begleitung des bevölkerungsreichsten Staates der Erde im Umgang mit dem zur Individual- wie zur Massenkommunikation tauglichen Medium CWW. Er bietet darüber hinaus detaillierte Ausführungen zu Programmen und Strukturen, die bis auf Akteursebene in Gesellschaft, Wirtschaft und Regierung heruntergreifen.

Jan Krone

### Rudolf Kammerl

#### Internetbasierte Kommunikation und Identitätskonstruktion

Selbstdarstellungen und Regelerorientierungen  
14- bis 16-jähriger Jugendlicher

Hamburg: Dr. Kovac, 2005. – 351 S.

(Schriftenreihe Medienpädagogik und Mediendidaktik; 7)

ISBN 3-8300-1988-2

Mit der Verbreitung nahezu jedes neuen Mediums sind weit reichende Wirkungen prognostiziert worden. Neuerdings äußern sie sich in besonders plakativen Etikettierungen ganzer Generationen: Chipgenerationen, Generation N, Generation @, Netz-Generation, digitale Generation, Generation kick.de sind beispielsweise solche, die mit der Entwicklung und Diffusion von Computer und Internet kreiert worden sind. Sie sollen mindestens den imposanten Eindruck erwecken, dass diese Medien womöglich einen neuen Sozialcharakter hervorbringen und nunmehr eine ganz neue Generation heranwächst. Dass es mit der empirischen Überprüfung solcher Diagnosen noch weitgehend hapert, sollen sie ebenso elegant wie pauschal übertönen.

Da ist es zu begrüßen, dass sich die vorliegende Habilitationsschrift, vorgelegt an der Universität Passau, – zusammen mit inzwischen einigen anderen Arbeiten – just dieser Aufgabe annimmt, auch wenn es nur in kleinen Schritten vorangeht und die eiligen Entwicklungen über ihre Befunde schon fast hinweggegangen sind. Denn seit 1999 befasst sich der Autor, wie er in seinem Vorwort berichtet, mit diesem Thema, seine Recherche des Forschungsstandes greift cum grano salis bis 2003, die empirischen Erhebungen wurden 2001 und 2003 durchgeführt – in digitalen Parametern also fast schon